



„Stolz ist bekanntlich eine Todsünde“

Reden wir über **Antrieb**. Wieso Hannes Androsch sich noch gerne in die Tagespolitik einmischt, er der Jugend ein gesatteltes Pferd geben will und nicht in Pension gehen mag.

INTERVIEW: DANIEL NUTZ, **FOTOS:** RICHARD TANZER

Mit 77 Jahren sind die meisten anderen längst in Pension. Was treibt Sie noch an?

Wer rastet, der rostet. Solange es mir körperlich und mental möglich ist, werde ich mein Wissen und meine Erfahrungen in meine Unternehmen einbringen und mich in meinem Selbstverständnis als Citoyen zugleich für eine zukunftsstarke Ausrichtung unseres Landes als Wirtschafts-, Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsstandort einsetzen. Ich sehe das auch als eine Verpflichtung meiner Generation gegenüber der Jugend an. Ich halte es für unverantwortlich, wenn Menschen, die bei steigender Lebenserwartung grosso modo noch in bester gesundheitlicher Verfassung sind, weit früher in Pension gehen als die Generationen zuvor. Es so zu machen wie ich ist auch für den Einzelnen zumeist physisch wie psychisch gesünder.

Die Realität sieht in diesem Land anders aus. Heute gehen wir faktisch früher in Pension als in den 1970er-Jahren.

Es braucht kein Computerprogramm, um zu erkennen, dass es sich nicht ausgehen kann, wenn geburtenschwächere Jahrgänge die Pensionen der Babyboomer-Generation finanzieren sollen. Die Lebenserwartung ist inzwischen auf 81,3 Jahre gestiegen und das Durchschnittspensionsalter auf 58,5 Jahre gesunken. Die Zahl der Frühpensionisten hat sich mehr als verzehnfacht. So wird der Generationenvertrag ausgehöhlt, und zwar zulasten der Jüngeren. Schon jetzt fließt jeder dritte Euro, den der österreichische Staat einnimmt, ins Pensionssystem. Mit zunehmender Tendenz, weil Österreich auch ein Frühpensionisten-Eldorado ist. Wer da noch sagt, das Pensionssystem sei langfristig gesichert, handelt illusorisch und verantwortungslos. Die Budgetsituation spiegelt dies wider.

Sie gelten in politischen Fragen als graue Eminenz. Werden Sie heute noch um Rat gefragt?

Beraten kann man nur Menschen, die wissen, was sie wollen. Ich halte darum auch nichts von Spindoktoren. Ich sehe es aber als meine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft und dem Gemeinwohl an, mich mit meinen Erfahrungen in die Gesellschaft einzubringen, um die Gestaltung der Zukunft mit voranzutreiben, um Zukunftstauglichkeit zu erreichen. Daher habe ich auch wissenschaftspolitische Aufgaben übernommen. Der erfolgreiche österreichische Weg wird sich nur fortsetzen lassen, wenn wir auf Basis eines erstklas-

sigen Bildungs- und Ausbildungssystems sowie durch Know-how und Innovationen wettbewerbsstark bleiben. Daher werde ich mich weiterhin mit aller Kraft für die Umsetzung der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens ebenso einsetzen wie für die Umsetzung der Forschungs- und Technologiestrategie der Bundesregierung. Es braucht einen nationalen Schulterchluss, um die Blockadefestungen und Verhinderungs-Türme zu beseitigen.

Warum tun Sie sich das an?

Meine Generation hat die Leiden des Weltkrieges noch bewusst erlebt. Und auch die Nachkriegszeit mit all ihren Mängeln und mit der Besetzung des Landes. Wir konnten den Wandel zu Frieden, Freiheit und zunehmenden Wohlstand miterleben. Heute haben wir für uns vorgesorgt und vielleicht auch für unsere Nachkommen. Aber wir haben die Verantwortung und Verpflichtung, diese Grundlagen auch für die nachkommenden Generationen bestmöglich abzusichern und zu übergeben. Bildlich gesprochen: Für die Jungen sollten wir ein gesatteltes Pferd vorbereiten, reiten müssen sie dann schon selber.

Liberalismus und Sozialismus waren die großen philosophischen Strömungen im 20. Jahrhundert. Viele sprechen heute von einer Zeit ohne große politische Ideen. Sehen Sie eine richtungsweisende Idee für das 21. Jahrhundert?

Es geht letztlich immer um Grundwerte für ein menschenwürdiges Zusammenleben, woher man diese auch ableiten mag. Das kann das kommunistische Manifest sein, das ich für eines der faszinierendsten politischen Dokumente halte, es können dies Werte des Humanismus oder die Bergpredigt sein.

Wann waren Sie zuletzt in der Kirche?

Beim Requiem für Bernd Schilcher und der Verabschiedung des tragisch verunglückten Altausseer Bürgermeisters Herbert Pichler. Ich bin in der Tradition meiner Familie Altkatholik, aber kein gläubiger Christ. Die Bedeutung von Religionen erschließt sich für mich auf Basis eines humanistischen Bedürfnisses.

Ich frage deshalb, weil Sie in Ihrem Buch „Ende der Bequemlichkeit“ die These aufstellen, dass aufgrund des in Österreich verbreiteten Katholizismus wenig Fortschritt passiert.



HANNES ANDROSCH

war Finanzminister (1970–1981) und Vizekanzler, Generaldirektor der Creditanstalt (1981–1988) und ist seit 1989 Geschäftsführender Gesellschafter der AIC-Androsch International Consulting. Er hält Beteiligungen an zahlreichen Unternehmen wie der Salinen Austria AG, AT&S oder Bwin. Der 77-Jährige ist auch für sein zivilgesellschaftliches und politisches Engagement bekannt. 2011 war er Hauptinitiator des Bildungsvolksbegehrens.

Bei aller Würdigung der Bedeutung des lateinischen Christentums kommt man um die Feststellung nicht umhin, dass die Ausformung des Katholizismus in unserem Land lange Zeit dem Fortschrittsgedanken und der Aufklärung im Wege stand. Was in vielem bis heute nachwirkt. Vielleicht liegt hier auch der tiefere Grund dafür begraben, dass wir oft Reaktionen setzen, die verneinen lassen, wir würden uns noch im Zeitalter der Dampflokomotive und nicht im digitalen Zeitalter befinden. Technologiefeindlichkeit war noch nie ein Erfolgsrezept. Man muss sich am Spitzenfeld orientieren und dort mitmischen.

Ihr Buch ist unlängst auf Chinesisch erschienen: Was können die Chinesen von uns lernen?

Ein chinesischer Freund hat angeregt, auch eine chinesische Ausgabe des Buches zu publizieren. Die Grundthese des Buches ist, dass Erfolg auch die Mutter des Versagens sein kann. Wenn Bequemlichkeit, Trägheit und Selbstgefälligkeit Platz greifen, dann sind die erzielten Errungenschaften rasch gefährdet. Diesen Rat kann man auch China geben, wiewohl man unsere beiden Länder natürlich in vielem nicht einfach vergleichen kann. Die Chinesen haben in den vergangenen 30 Jahren eine sagenhafte Erfolgsgeschichte geschrieben. Dennoch werden sie alt, ehe ein grundlegender Wohlstand und entsprechende Wohlfahrt erreicht sind. China hat noch einen viel zu gering ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Wir haben dagegen mittlerweile einen überdehnten Wohlfahrtsstaat, der selbst aufwändig Ungleichheit und Ungerechtigkeit produziert. Er wird nicht selten systematisch missbraucht.

Für einen Sozialdemokraten ist das eine heftige Ansage.

Der Wohlfahrtsstaat ist eine viel zu wertvolle Errungenschaft, als dass man ihn durch Überdehnung und Ineffizienz aufs Spiel setzen darf. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass letztlich nur verteilt und umverteilt werden kann, was zuvor erwirtschaftet worden ist. Es kann nicht sein, dass die einen nur kassieren und die anderen nur die Lasttiere sind. Hier drängt sich das Bild vom schwer beladenen Esel auf, bei dem ein Strohalm zu viel schließlich bewirkt, dass ihm das Rückgrat gebrochen wird. Daher erfordert politische Sozialkompetenz zuerst Wirtschaftskompetenz, so wie Verteilungsgerechtigkeit auch Leistungsgerechtigkeit verlangt. Somit ist die beste Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik.

Als Industrieller mussten Sie schon das eine oder andere Werk schließen und kamen dabei auch in einen Konflikt mit der Gewerkschaft. Fällt einem das als Sozialdemokrat leichter oder schwerer?

Mein Verständnis ist, dass jeder Eigentümer auch soziale Verantwortung trägt. Bei einem Betrieb ist diese Verantwortung systemisch auszulegen, weil sie nicht nur gegenüber den Mitarbeitern eines einzelnen Standorts, sondern gegenüber dem Unternehmen in seiner Ganzheit und auch gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen ist. Zu dieser Verpflichtung bekenne ich mich und nehme sie auch in diesem Sinne wahr. Meine Verantwortung als Industrieller besteht darin, Entscheidungen daraufhin zu prüfen und umzusetzen, dass die Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und auch in der Zukunft bestehen können. Das ist die nachhaltigste Möglichkeit für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

In einem Kommentar befassten Sie sich unlängst mit den Grenzen des Wachstums. Was ist Ihre Verantwortung als Industrieller gegenüber der Umwelt?

Für die mit den Plastikmüllinseln im Ozean, der Abholzung der Regenwälder oder riskanten Erdölförderungen einhergehenden Probleme können nicht nur Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Es liegt auch eine gesamtgesellschaftliche und politische Verantwortung vor. Es ist eine Verpflichtung, im gesellschaftlichen Handeln an der Beseitigung der Schäden und der Eindämmung der Ursachen zu arbeiten. Dabei darf man aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Gerade in Österreich tendieren wir dazu, uns rückwärtsgewandt in Idyllen zu flüchten, statt die Möglichkeiten und Chancen zu nutzen, die neue Entwicklungen eröffnen. Wenn der Wind der Veränderungen bläst, muss man die Segel setzen und nicht in den Hafen flüchten.

Zum Beispiel gegen das Freihandelsabkommen TTIP?

Entweder wissen manche nicht, worum es dabei geht, oder sie nutzen die öffentliche Informationslücke bewusst aus, um damit ein frivoles politisches Spiel zu treiben. Es ist aber letztlich eine Frage der Aufklärung. Die Geschichte lehrt, dass Freihandelsabkommen die Wirtschaft beleben, die Arbeitslosigkeit verringern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Freihandelsabkommen sind auch kein Freibrief für die Aushebelung von sozialen Standards,

Umwelt- und Verbraucherschutz. Populistische Angstkampagnen gegen TTIP sind unverantwortlich.

Wenn Sie auf nunmehr 77 Lebensjahre zurückblicken: Worauf sind Sie stolz?

Stolz ist bekanntlich eine Todsünde. Ich bin darüber zufrieden, dass die gesamte Familie gesund und die Kinder und Enkelkinder auf einem guten Weg sind. Und auch darüber, dass ich auf den beruflichen Stationen meines Lebens, sei es als Finanzminister, als Generaldirektor der CA oder als Industrieller auch ein wenig zur Entwicklung des Landes beitragen konnte.

Gibt es Fehler, die Sie bereuen?

Wer etwas macht, der begeht Fehler, und wer nichts macht, macht den größten Fehler. Ich habe mich immer bemüht, Entscheidungen gründlich vorzubereiten. Das habe ich nur einmal nicht getan. Als ich 1977 in meiner Regierungsverantwortung die LKW-Steuer einführen musste, war der 1. Juli natürlich der schlechteste Zeitpunkt dafür. Das Problem war, dass ich die Vorbereitung dazu direkt aus dem Verkehrsministerium übernahm. Ich wäre auch im Konflikt mit Bruno Kreisky bedächtiger gewesen, wenn ich

gewusst hätte, wie krank er schon damals gewesen ist. Ob dies in seinem Verhältnis zu mir letztlich etwas geändert hätte, würde ich aber bezweifeln. Man muss zu seiner eigenen Lebensgeschichte stehen.

Wie gehen Sie als Chef mit Fehlern Ihrer Mitarbeiter um?

Was ist schon ein Fehler? Jeder hat schon einmal etwas vergessen oder falsch gemacht. Philosophisch muss man ja sagen, dass jeder Fehler ein Geschenk ist, wenn man daraus die nötigen Schlussfolgerungen zieht und ihn nicht wiederholt.

Wie kann man Sie verärgern?

Ich ärgere mich heute kaum noch und bin geduldig. Ungeduldig werde ich dann, wenn ich mit aufdringlicher Dummheit und Ignoranz von Tatsachen konfrontiert werde.

Und wie schalten Sie ab?

Ich bin gerne tätig. Erschöpfungsdepressionen kenne ich glücklicherweise nicht. Wenn es dick hergeht, kann es schon sein, dass ich sage, lasst mich in Ruhe, ich mache für eine Stunde ein Nickerchen – weil danach die Welt wieder ganz anders aussieht.